

ANTRAG NACH NEONAZI-AUFMARSCH IN MURNAU

Krisen-Komitee soll Strategien entwickeln

Murnau soll sich für künftige extremistische Aufmärsche wappnen, um nicht mehr in Eile Gegenstrategien entwickeln zu müssen. Die Freien Wähler beantragen dazu, ein Krisen-Komitee zu bilden. Die Reaktionen der Fraktionen sind geteilt.

VON SILKE JANDRETZKI

Murnau – Den Antrag formulierte Andreas Müssig, Gemeinderat der Freien. Er wünscht sich das Komitee als „größeren, vielschichtigen Kreis“, der weit über den Gemeinderat hinausreiche. Er

soll unter anderem für den Fall eines weiteren Aufmarschs von Extremisten langfristige Strategien entwickeln, einen Plan ausarbeiten, was sich „gemeinschaftlich“ dagegen unternehmen lasse sowie beleuchten, wie andere Orte ähnliche Probleme lösten. Hintergrund sind die Geschehnisse rund um den Neonazi-Aufmarsch in Murnau Ende Juni. „Da gab es große Lücken, vor allem in der Informationskette“, sagt Müssig, der „das Gefühl“ hatte, „die Verantwortung wurde zwischen Gemeinde und Landratsamt hin- und hergeschoben“. Für Strategien sei wenig Zeit geblieben. Die Gegenaktionen, die „in zehn Tagen aus dem Ärmel geschüttelt wur-

den, waren toll, aber es hätte im Vorfeld vieles besser laufen müssen“. Es dürfe nicht wieder passieren, dass man erst von Anträgen Rechtsradikaler oder anderer erfahre, wenn diese genehmigt seien. Nun lehnten sich viele zurück nach dem Motto: „Puh, ist ja nichts passiert. Aber so können wir das nicht stehen lassen, darüber muss gesprochen werden.“

Eine ausführliche Diskussion über den Antrag gab es im Gemeinderat nach übereinstimmenden Aussagen noch nicht. Die Reaktionen in den Fraktionen sind durchwachsen. Holger Poczka (ÖDP/Bürgerforum) erklärt, man habe dieser Einrichtung zugestimmt, wolle aber nicht für jedes Thema mit sensiblem In-

halt einen eigenen Arbeitskreis. Die Strukturen des Gemeinderats seien schon jetzt für eine effektive Weitergabe von Informationen geeignet. Es fehle auch nicht an Strukturen, sondern „oftmals am Willen“, Informationen rechtzeitig bereit zu stellen. Nach Poczkas Ansicht macht ein Komitee nur Sinn, wenn es auf einer breiten Basis steht und Betroffene von außerhalb des Gemeinderats einbezieht. Im Ortsparlament gelte es Aufgaben des Komitees zu diskutieren. Dieses sei keine originäre Idee der Freien, sie hätten diese nur ins Gremium eingebracht.

Michael Manlik (SPD) betont derweil, es habe im Vorfeld des Neonazi-Aufmarschs durchaus schon ein „Krisen-

Team“ mit den Fraktionssprechern gegeben: Die Beteiligten seien quasi ständig in Kontakt gestanden. Ein Krisen-Komitee sei „nicht der richtige Ort, solche Themen im Vorfeld zu debattieren“ – dies müsse der ganze Gemeinderat sein. Dann könne ein Krisen-Komitee die richtigen Vorkehrungen treffen. Für den schleppenden Informationsfluss gab es nach dem Wissen von Manlik Gründe. Vom Werdenfelser Bündnis sei die Bitte geäußert worden, sich zunächst bedeckt zu halten, um den Neonazis keine Reaktionsmöglichkeiten zu bieten. Das Thema gehöre nach der Sommerpause, wenn mehr Ruhe eingeleitet sei, in den Gemeinderat. Dann müsse man das wei-

tere Vorgehen besprechen.

Wie Manlik sieht CSU-Fraktionssprecher Josef Bierling Argumente für die Info-Politik der Behörden vor dem geplanten Aufmarsch: „Hätte man nicht die Pferde scheu gemacht, wenn man am 15. Mai damit rausgegangen wäre?“ Auch das Werdenfelser Bündnis habe hier Vorsicht walten lassen. „Im Nachgang sind wir, denke ich, froh, dass die Sache so gut abgelaufen ist“, meint Bierling. „Das Vorgehen der Gemeinde war richtig. Man hat gesehen: Auf die Schnelle kommt oft etwas Gutes raus.“ Es sei aber völlig legitim, einen Arbeitskreis einzurichten, der generell festlege, „was man tut, wenn so etwas wieder geplant ist“.